

Diskussion über Einrichtung eines Klassenrats und eines Schulparlaments

Wien (PK) – Soll man in der Schule mehr Demokratie wagen? Mit dieser Fragestellung befasste sich heute das Jugendparlament aufgrund einer Gesetzesvorlage zur Änderung des Schulunterrichtsgesetzes. Vorgeschlagen wird darin die Einrichtung eines Klassenrats und eines Schulparlaments. Ziel der Initiative ist es, das Demokratiebewusstsein von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Im Hinblick auf die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist es erforderlich, möglichst früh, praxisbezogen und demokratisch zu erlernen, Verantwortung zu übernehmen und das Zusammenleben in einer Gemeinschaft zu gestalten.

Konkret ist vorgesehen, dass jede Klasse einmal pro Monat zu einem Klassenrat zusammen tritt. Dieser soll über die Mitgestaltung des Klassenlebens beraten. Bis zur 6. Schulstufe wird der Klassenrat von dem jeweiligen Klassenlehrer, bzw. von der jeweiligen Klassenlehrerin geleitet, danach übernimmt der Klassensprecher, bzw. die Klassensprecherin diese Funktion. Die derzeitigen Klassenforen an den Volks- und Hauptschulen bleiben weiter bestehen.

Das geplante Schulparlament soll sich aus allen Schülern und Schülerinnen zusammen setzen. Seine Aufgabe wird die Mitgestaltung des Schullebens sein. Dazu zählt die Entscheidung gemeinsam mit den Schulpartnern beispielsweise über schulautonome Lehrplanbestimmungen und Verhaltensvereinbarungen.

Im zuständigen Ausschuss sprachen sich alle Fraktionen grundsätzlich für die Gesetzesnovelle aus, zu einzelnen Punkten gab es jedoch unterschiedliche Auffassungen. So war man sich etwa uneinig darüber, ob ein Klassenrat in der Volksschule sinnvoll ist, wann und wie oft Klassenrat und Schulparlament tagen sollen und wer daran teilnehmen soll.

Die gelbe Fraktion betonte die Notwendigkeit der Einbeziehung aller am Schulleben Beteiligten, weil die meisten Probleme viele oder alle betreffen. Abgeordneter Nico Tasch (G) meinte, es gehe um die Verbesserung der Klassengemeinschaft und die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler. Was den Klassenrat betrifft, so trat Abgeordnete Julia Neusiedl-Bauer (G) dafür ein, den Klassenvorstand auf alle Fälle in den Klassenrat mit einzubeziehen und diesen ab der 5. Schulstufe nur dann einzuberufen, wenn Probleme vorliegen. Jedenfalls sollen die Sitzungen während der Unterrichtszeit stattfinden, forderte sie. Ein Schulparlament in der Volksschule hielt sie für wenig sinnvoll. Am Schulparlament sollten ausschließlich nur KlassensprecherInnen und deren VertreterInnen sowie der Direktor bzw. die Direktorin und die Schülervvertretung teilnehmen.

Ebenso glaubte der weiße Klub, dass die Volksschulen mit dem Klassenrat aber auch mit dem Schulparlament überfordert wären. Abgeordnete Burcu Akar (W) sagte, VolksschülerInnen sollten sich mit ihren Problemen und Anliegen an ihre LehrerInnen wenden, da es vielleicht schwierig für sie wäre, die ganze Klasse damit zu befassen. Ähnlich äußerte sich Abgeordnete Michaela Meidl (W). Sie ging darüber hinaus davon aus, dass Klassenrat und Schulparlament nur alle 2 Monate stattfinden sollten. Bei aktuellen Problemen könnten Sondersitzungen einberufen werden.

Auch der türkise Klub hielt einen monatlichen Klassenrat für nicht notwendig. Er sollte prinzipiell nur vier Mal im Jahr tagen. Abgeordnete Elisa Rauscher (T) regte an, auch die Eltern dazu einzuladen. Im Schulparlament wollte sie weiters nur die Schul- und KlassensprecherInnen sowie deren VertreterInnen dabei haben.

Die Fraktion der Violetten ging mit der Meinung der Türkisen weitgehend konform. Die Abgeordneten Mustafa Ali Ceri und Christopher Lehner (beide V) machten den Vorschlag, eventuell auch VertrauenslehrerInnen einzuladen. Den Klassenrat in höheren Schulen monatlich einzuberufen, stellte für sie eine gute Lösung dar.

Eingehender Beratungen in den Klubs bedarf noch die Frage, ob das Schulparlament mitentscheiden oder lediglich beratende Funktion haben soll. Der Ausschuss wurde bis zum Nachmittag vertagt.
(Fortsetzung Ausschuss)